

PARTEIENFINANZEN

Rüffel vom Präsidenten

Bundespräsident Roman Herzog ist empört über den Umgang der Parteien mit dem Geld der Steuerzahler. Ende voriger Woche machte er seinem Ärger in einem geharnischten Brief an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) Luft. Anlaß für das Schreiben ist die Erhöhung der staatlichen Parteienfinanzierung von 230 auf 245 Millionen Mark. Dabei rundeten die Parteien in eigener Sache um gut eine halbe Million Mark auf (SPIEGEL 7/1999). Die Kommission unabhängiger Sachverständiger hatte auf Basis der allgemeinen Preissteigerungen eine maximale Erhöhung um 14,49 Millionen Mark empfohlen. Herzog ist der Ansicht, daß sich der Bundestag darüber nicht hinwegsetzen darf. Die Mahnung aus dem Präsidialamt: Wenn man per Gesetz eine solche Kommission einsetze, dann müsse man sich auch an deren Empfehlungen halten. Der Zuschlag von rund einer halben Million war Herzog allerdings letztlich nicht groß genug, um wegen verfassungsrechtlicher Bedenken das Gesetz



Thierse, Herzog



zurückzuschicken. Einen Protestbrief hat Thierse auch von der Kommissionsvorsitzenden Hedda von Wedel, der Präsidentin des Bundesrechnungshofes, bekommen. Sie war verärgert, daß die Abgeordneten aus ihrem Gutachten sogar eine mögliche Erhöhung auf 285 Millionen Mark herausgelesen hatten. Kommissionsmitglied Karl-Heinz Naßmacher ist zufrieden, „daß der Bundespräsident diesen Vorgang genauso kritisch beurteilt wie wir“.

FDP

Oldies für Rau

Der ehemalige FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher will bei der Vorbereitung der Bundespräsidentenwahl dabei sein. In einem Brief an seinen Nachfolger Wolfgang Gerhardt forderte er, die drei Ehrenvorsitzenden der FDP – ihn selber, Walter Scheel und Otto Graf Lambsdorff – zur Sitzung der Wahlmänner und -frauen in Berlin einzuladen. Die Partei-Senioren wollen dabei für ihren Favoriten Johannes Rau werben, während Gerhardt seine Liberalen auf die Kandidatin der Union, Dagmar Schipanski, einschwören will. Genscher und Scheel schätzen den ehemaligen sozialdemokratischen NRW-Ministerpräsidenten aus persönlichen Erfahrungen. Nach Meinung von Lambsdorff sollten die Freidemokraten aus strategischen Gründen Rau wählen. Sie wollen im nächsten Jahr in Düsseldorf eine Koalition mit der SPD eingehen. Peinlich für den Parteichef Gerhardt: Schipanski hätte nur dann eine Chance, wenn sie außer den Stimmen der Union und der

FDP auch alle der PDS und weitere Stimmen aus dem rechtsradikalen Lager bekäme.

BERLIN

Ehrengrab für Dutschke?

Rudi Dutschke, dessen Todestag sich am 24. Dezember zum 20. Mal jährt, soll auf Antrag der Grünen ein Ehrengrab auf dem Berliner St.-Annen-Friedhof – seiner letzten Ruhestätte – erhalten. Doch bisher können sich die beiden Koalitionspartner SPD und CDU nicht über den Vorschlag einigen. Die Sozialdemokraten unterstützen den Antrag, so SPD-Fraktionschef Klaus Böger, da sich Dutschke „maßgeblich für die Demokratie stark gemacht und viele gesellschaftliche Denkprozesse in Gang gesetzt“ habe. CDU-Fraktionssprecher Markus Kauffmann indes sieht in Dutschke zwar „eine wichtige Persönlichkeit der Berliner Geschichte“, er habe aber „der Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzung nie abgeschworen“. Man könne ihm deshalb keine „Vorbildfunktion in der rechtsstaatlichen Demokratie“ zusprechen. Der Berliner Senat unterhält derzeit 719 Ehrengräber, für die der Staat 20 Jahre lang die Pflege übernimmt.

Nachgefragt

Wer kennt diese Frau?



„Wissen Sie, wer Dagmar Schipanski ist?“

Nein, bekennen **64%** der Befragten.

36% haben den Namen schon gehört.

Aber nur **28%** wissen, daß sie sich als Unionskandidatin für das Amt des Bundespräsidenten bewirbt.

Angaben in Prozent; Emnid-Umfrage vom 23. und 24. Februar 1999; rund 1000 Befragte

DER SPIEGEL